

Deutscher Verkehrsband

Erscheint wöchentlich
Bezugpreis: Vierteljährlich
3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen
der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport-
und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin S O 16
Mischelstr. 1. Tel.: Moripl.
950, 11864. / Redaktionschluss
8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 4

Berlin, den 23. Januar 1926

4. Jahrgang

Deutscher Klentopp.

Adel verpflichtet, dachte der Mecklenburger Großherzog, da legte er seinem Volk die Verpflichtung auf, für seine beiden Wittrennen zu sorgen. Einer dieser Wittrennen ist auch bereits durch Getraide eine Pension zugesprochen worden. Ein anderer Mecklenburger Prinz ging bei Kriegsausbruch zu den Russen über, verzichtete auf seine deutsche Staatszugehörigkeit und kämpfte (wie Prinzen halt kämpfen!) gegen Deutschland. Vaterlandsverrat gibt es aber für Prinzen nicht, und so wurde entschieden, daß der prinzipielle Vaterlandsverrat das Recht der Erbfolge behielt und deshalb „entschädigt“ werden müsse. Längst hat diese Blüte des deutschen Adels keine fünf Millionen vor dem Zugriff des Volks in Sicherheit gebracht. In einem anderen Fall — das Prinzenmädchen ging ja in Deutschland wie das Karmelitenmädchen — wird nach Wunsch und Wille der Volksfeinde ein englischer Prinz Kutschier der deutschen Arbeit, die bekanntlich nicht sonderlich abwärts, die gräßlichen Begleitererscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft wiedergutzumachen, soweit es mit Geld möglich ist.

Den größten Raubzug auf die Ergebnisse deutscher Arbeitsleistung plant natürlich der größte Räuber unter unseren ehemaligen „Angekommenen“, der schießende Holländer. Gerade der hat's am wenigsten nötig. Günterfahrten sind bekanntlich recht teuer, weil die „Stars“ riesige Honorare fordern und bekommen. Als kürzlich die Nachricht durch die Presse ging, der Kaiser habe sich fimen lassen, waren sich die Volksfreunde darüber einig, daß nun der schlechte Komödientypus endlich seinen wahren Beruf erbede und sein gutes Einkommen Deutschland von jeder vielleicht bestehenden finanziellen Verpflichtung befreie. Ja, Kutschen, heulen die Fürstentradition irrtümlich, der „Kaiser“ hat ja keine Einnahme gehabt, sondern im Gegenteil den Film noch selbst bezahlt. Also der ehemalige deutsche Kaiser gibt Geld aus, damit die deutsche Schande durch die ganze Welt geschleift wird. Brennende Scham erfüllt jeden Deutschen darüber, daß er und wir alle aus einem solchen Menschen an die 30 Jahre als Kaiser gefallen liegen. Die ganze Welt wiehert vor Vergnügen über diese Vollenfigur — Strieje auf dem Thron — und das deutsche Volk ist wieder einmal das Rindergespött sowohl in London und Paris wie bei den Bolschewiken und Estimos.

Und dieser Mensch sowie die ganze angefaulste Herrschaft verlangen in Deutschlands schwerster Zeit, die uns täglich durch hunderte Selbstmorde aus Nahrungslagen für ewig ins Gedächtnis gegraben wird, Summen, die über die erste 1000 Millionen hinausgehen. Kein Mensch weiß, ob nicht morgen oder übermorgen irgendeine fürchterliche Hure aufsteht und Pensions- oder Abfindungsansprüche stellt.

Daß die Werberber Deutschlands solche Ansprüche stellen, wozu aus der Weltanschauung der fürstlichen Gottesgnädlinge — wo der Adel verpflichtet, sich ernähren zu lassen — schließlich noch zu verstehen. Fürstlicher ist es, daß die bürgerlichen Politiker mit wenigen einflussreichen Ausnahmen, diese frechen Ansprüche für berechtigt erklären. Teile Zeitungsschreiber, die uns jeden Tag unter Aufbietung gewissenloser Habilität „beweisen“, daß die Sozialpolitik gestoppt werden muß, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften unser Ruin ist, daß

wollen? Es wird viel von der Regierungsbildung abhängen, weil durch die Entscheidung der Minister große Parteien gebunden werden. Und da ist Dunkelheit Trumpf. Die Ablehnung der Sozialdemokratie, sich an einer Regierung der „großen Koalition“ zu beteiligen, hat die Aussicht der Kampfre ansehend gesteigert. Die Regierung, die ein Luther zusammenstellt und der eine Volkspartei angehört, wird sich auf die Deutschnationalen stützen, aber nur im Notfall, wenn diese ihre Forderung einmal zu hoch schrauben, Unterfütterung bei der Sozialdemokratie suchen. So hätte die Partei in die Regierung gehen sollen? Wir sind keine grundsätzlichen Gegner der Koalition, aber sie darf nicht das Gesicht tragen, das die Streikmänner der geplanten und gekheiterten „großen Koalition“ geben wollten. Die bescheidenen, Erfüllung heißenden Forderungen der SPD. wurden von der Volkspartei nicht einmal beantwortet, wenn nicht der Schrei der wirtschaftlichen und politischen Rechtsblätter nach dem Diktator die Antwort war. Heute behaupten die Volksparteiler allerdings, über den demokratischen Vermittlungsvorschlag hätte sich reden lassen. Also selbst nach den von den Demokraten vorgenommenen Abstrichen von unseren Forderungen gingen sie den Streikmännern noch zu weit. Sie wollten darüber noch verhandeln, während uns die wichtigste Forderung der demokratischen Vermittlungsvorschläge keine Gewähr für die Wahrung des Volkswohl durch die große Koalition schien. So müßten die Volksfeinde die Suppe ausöffeln, die sie der Sozialdemokratie gautien eingebracht zu haben. Auch in der Fürstenabfindungsfrage hätte der Zutritt der Sozialdemokratie wenig geändert, da die Ablehnung der Arbeiterforderungen nichts anderes bedeutete, als gegen die Ansprüche der Arbeiter das „Eigentum“ zu schützen, und nach Ansicht der übermächtigen Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten verteidigen die Hohenzollern e tutti quanti ihr Eigentum.

Die ausländische deutschfeindliche Presse nimmt mit Genugtuung von der Entscheidung der „Fürstenabfindung“ Notiz. Sie konstatiert, daß Deutschland in Gold schwimmt, da es sich solche Zugausgaben leisten kann.

Und Berlin registriert Woche für Woche 30 bis 40 Selbstmorde aus Nahrungslagen. Die Zahl der unterstühten Arbeitslosen ist nach der letzten Zahlung auf 1 1/2 Millionen angewachsen. Die Verachtung der ganzen Welt trifft die schamlosen Fürstendiebstahl! Die deutsche Würde ist wieder einmal in unsere Hand gegeben. Wir wahren sie am besten, Kollegen, wenn wir unaufhörlich dahin wirken und nicht aufhören, bis ihm Genüge geschehen ist mit dem Schrei:

Keinen Pfennig den Fürsten, solange in Deutschland noch ein Arbeiter hungert —
und nachher erst rechts nichts!

Hohenzollernentwicklung.

Friedrich II: Ich will der erste Diener des Staates sein.

Wilhelm II: Ich will der erste Verdienner des Staates sein.

Amerika.

II.

Allgemeine Eindrücke von Wirtschaft und Gesellschaft.

Es ist selbstverständlich unmöglich, nach einem Aufenthalt, der kaum länger als 6 Wochen dauerte, ein abschließendes Urteil über Land und Leute zu fällen. Unsere Beobachtungsmöglichkeiten waren außerdem nicht nur zeitlich, sondern bei der ungeheuren Weite des Landes auch räumlich stark begrenzt. Sie haben sich auf den Osten des Landes beschränken müssen, der das wirtschaftlich fortgeschrittenste und industriereichste Gebiet der Vereinigten Staaten darstellt und dementsprechend sich auch für das Studium der amerikanischen Wirtschaft am besten eignet. Da die Verhältnisse im Westen und Süden sich in vielen Dingen merklich von denen im Osten unterscheiden, so führen wir die Namen der Städte auf, die wir besucht haben, um jedem Leser die Möglichkeit zu geben, sich an Hand der Landkarte über den Umfang des Gebiets zu vergewissern, das wir bereist haben. Es sind dies folgende Orte: New York, Washington, Atlantic City, Cumberland, Indianapolis, Cincinnati, St. Louis, Chicago, Milwaukee, Cleveland, Detroit, Buffalo.

Wenn das von diesen Städten eingeschlossene Gebiet auch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Vereinigten Staaten darstellt, so ist es an deutschen Verhältnissen gemessen doch ein riesiges Gebiet, das wir nur in der Weite bewältigen konnten, daß wir meist nachts reisten und am Tage unseren Verpflichtungen oblagen.

Auch demjenigen, der nur einige Wochen oder Monate in den Vereinigten Staaten von Amerika reist und beobachtet, offenbart sich eine Haupteigenschaft des Landes sehr bald. Es ist seine Produktionslosigkeit.

Tradition ist ein Ergebnis der Geschichte und beeinflusst die Entwicklung eines Landes in einem doppelten Sinne. Sie wirkt befruchtend, indem sie das Neue, Gärrende, Vorwärtstreibende zwingt, an Altem, Ueberliefernem anzuknüpfen und damit die Entwicklung zu einem organischen Wachstumsprozeß macht, der sich allmählich und schrittweise durchsetzt. Sie wirkt aber nicht nur sinnvoll zügelnd, sondern oft auch sinnlos hemmend, denn in jedem traditionsgeprägten Lande existiert auch ein Rest von Starrsinn und Ueberlieferung, dessen Beseitigung einen unverhältnismäßig großen Teil der vorwärtstreibenden Energie verbraucht.

Von einer solchen Energievergeudung ist Amerika bisher fast ganz verschont geblieben. Dort konnte sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von allen traditionellen Hemmnissen frei und ungehindert entfalten.

Aber die Traditionslosigkeit Amerikas hat auf der anderen Seite zu einer Vergeudung geführt, die vielleicht nur ein an Naturgaben so reiches und jungfräuliches Land wie Amerika ertragen konnte. Die amerikanische Wirtschaftsentwicklung ist nämlich zu einem großen Teil stofflos und unorganisch erfolgt und dies hat vielfach zu planlosen Raubbau getrieben. Neugierig springt das an deutlichsten in die Augen, wenn man etwa durch ehemals waldreiche Gegenden fährt, wo heute an Stelle des Waldes nur noch elender, ungepflegter Busch zu sehen ist. Man hat eben jahreslang den Wald abgeholzt, unbekümmert darum, ob jemand die Bestände wieder aufzupflanzte. Und wenn heute in Amerika vielfach über

Was geschieht für die arbeitslosen Millionen?

Geschieht genug?

Wir berichteten von Millionenbewilligungen durch Reich, Staat und Gemeinden für Notstandsarbeiten. Es muß aber festgestellt werden, daß z. B. in Berlin bei 171 000 Erwerbslosen nur rund 700 mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden. Wir fordern alle Kollegen, die irgendeinen wie immer gearteten Einfluß auf eine zuständige Behörde haben, auf, alles daran zu setzen, daß den Erwerbslosen Hilfe wird:

Hilfe durch Arbeit!

Erwerbslose Kollegen, laßt Euch nicht durch Kommissionsgründer, durch Deputationsfabrikanten misbrauchen. Haltet an euren Rechten in der Organisation fest.

wir äußerste Sparsamkeit pflegen müssen, soll die deutsche Wirtschaft nicht zugrunde gehen — dieselben Leute, die auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten sparen, sparen und nochmals sparen wollen, trainieren die „öffentliche Meinung“ seit Wochen auf den Umfall in die Vergeudung öffentlicher Mittel an das Fürstengeschlecht. Sie rühmen die „hohen Verdienste“ der durch Inzucht zum großen Teil vererbten Potentaten um Deutschland und wollen uns durch byzantinisches Wortgefecht vergessen lassen, daß die „hohen Herren“, selbst wenn sie sich Verdienste um das Volk erworben hätten, sie durch die zum Völkermord führende Politik längst getötigt haben. Aber für diese Schanden hat das „Volk“ aufzukommen, das „Volk“ hat die Einbuße Deutschlands an Ehre und Vermögen zu tragen, den Fürsten gebührt eine 100- bis 600prozentige Aufwertung. Bei der Ehre der Fürsten wäre ein solches Verlangen zu begehren, beim Vermögen müssen wir die Aufwertung ablehnen.

Welche Aussicht hat die Forderung der Leute, die einst angaben, sie wollten dem Volk dienen, während sich heute herausstellt, daß sie am ausgebluteten Volk verdienen

schlechte Witterungsverhältnisse (schwere Stürme usw.) geklagt wird, so hat der am Waldbestand getriebene Raubbau sicher kein Teil Schuld daran.

Ein anderes äußeres Merkmal dieser unorganischen Entwicklung sieht man oft auf der Fahrt von der Eisenbahn aus in Gestalt halb verfallener und verlassener Farmen. Dem frühesten Besitzer war eines Tages der Grund und Boden nicht mehr ergiebig genug, oder er hatte Schulden, denen er sich entziehen wollte — kurz und gut, er hat eines Tages sein Bündel geschnürt und ist weitergezogen, um neues besseres Land zu suchen. Das rohgezimmerte Holzhaus, in dem die meisten Farmer leben, hat keinen großen Wert, und was aus dem Boden wurde, war ihm herzlich gleichgültig. Nun ragt das verfallene Haus melancholisch in die Landschaft und zeugt davon, daß eine Bindung an die Scholle für den amerikanischen Farmer nicht besteht — im Gegensatz zum deutschen Bauern. Allerdings nimmt die Bodenständigkeit der amerikanischen Farmer in demselben Maße zu, wie das freie Land abnimmt.

Oder wir gehen durch irgendeine amerikanische Großstadt und entdecken da zu unserem Staunen in der

Nähe eines Wolkenstrahlers von 20, 30, 40, 50 und mehr Stockwerke (das Woolworth Building in New York hat 57 Stockwerke) — ein unangenehmliches kleines Gebäude. Auch hier greifen neuerdings die Stadtverwaltungen ein und verhindern, organische Städtebilder zu schaffen, zum Teil mit großem Erfolg. Die Stadtverwaltung Milwaukee ist z. B. bereits dazu übergegangen, Bauvorschriften zu erlassen, die die Höhe der Häuser auf 10 Stockwerke begrenzen. In den meisten Städten fanden wir bereits Hauptstraßen und schöne Parks. In Chicago sind wir Stundenlang im Auto durch prächtige Boulevards und wundervolle Parkanlagen gefahren, die z. T. auf einem Gelände entstanden sind, das man in hartnäckiger Arbeit durch Erdausschüttungen dem Michigansee abgetragen hat.

Ein anderes Beispiel für die unorganische und zügellose Entwicklung innerhalb der Vereinigten Staaten haben wir zwar nicht mit eigenen Augen gesehen, uns aber von Amerikanern berichten lassen. Es wurde etwa in irgendeinem Teile des Landes eine Goldader entdeckt oder ein Eisfeld oder Kohle oder Erz. Man baute eine Eisenbahnstrecke dorthin, innerhalb weniger Monate entstand eine Stadt mit lebhaftem Handel und Verkehr — und einige Jahre später ist die ganze Stadt öde und leer und verlassen, weil die Ergiebigkeit der Goldader oder der Kohle oder des Bergwerks erschöpft ist. Aber auch hier hat sich im Laufe der Zeit schon viel geändert, so daß man heute sehr viel vorhaltiger und planmäßiger an die Ausbeute der Naturkräfte geht.

Aus den wenigen Beispielen dürfte bereits der Unterschied zwischen der europäischen und der amerikanischen Entwicklung klar geworden sein. Die europäische ist traditionsgebunden, allmählich Schritt für Schritt erfolgt, die amerikanische hemmungslos, mit rapider Schnelligkeit, gewissermaßen explosionsartig.

Aus dieser Eigenart amerikanischer Wirtschaftsentwicklung ist auch eine Erscheinung wie Ford zu verstehen (auf die wir in anderem Zusammenhang noch zurückkommen werden).

Uns wurde erzählt, daß vor einigen Jahren, als Ford bekanntmachte, daß er ungelernete Arbeiter zu einem Tagelohn von 5 Dollar lade, selbst die amerikanische Bevölkerung gewissermaßen Kopf gehand habend. In allen Straßen riefen Zeitungserläufer mit Extrablättern die Nachricht aus, und es herrschte eine Aufregung, wie in einem europäischen Lande nach der Kriegserklärung. Diese damals selbst für amerikanische Verhältnisse außerordentliche Lohnsteigerung bei gleichzeitiger Senkung der Preise wirkte explosionsartig nicht nur in der Automobilbranche, sondern mehr oder weniger auf die gesamte amerikanische Industrie. Selbst wenn man die rein technische Leistung des Ford'schen Betriebes deutschen Ingenieuren und Betriebsleitern zutrauen möchte, welcher deutsche Unternehmer wäre wohl so frei von traditioneller Geschäftsangst, daß er die Kühnheit besäße, ohne jeden äußeren Druck eine ungeheure Lohnaufbesserung vorzunehmen und gleichzeitig die Preise zu senken? In Ford haben wir ein ausgezeichnetes Beispiel, wie sich die Traditionslosigkeit Amerikas auf die Wirtschaftsentwicklung positiv auswirken kann.

Das vergangene Jahr hat für die Vereinigten Staaten ein Rekordjahr wirtschaftlichen Wohlstandes bedeutet. Der Schahkretär Mellon führte in seinem Schahamtsbericht über das vergangene Wirtschaftsjahr aus, daß in keinem Jahre seit 1919 die Geschäftsgewinne so hoch gewesen seien. Der Arbeitsmarkt wäre gut gewesen, der Frachttreue weiße Rekordzahlen auf. Die Kaufkraft des Landes habe sich infolge dauernder Beschäftigung der Industriearbeiterschaft bei guten Löhnen

und infolge gesteigerter Einnahmen der Landwirtschaft so gehoben, daß die erhöhte Produktion glatt aufgenommen werden konnte. Der Schahkretär kommt zu dem Schluß, daß die Gesamtsituation auch zum Optimismus für die Zukunft berechtige.

Die Bedeutung des amerikanischen Inlandsmarktes wird aus wenigen Ziffern deutlich werden. Die Vereinigten Staaten umfassen 7,8 Millionen Quadratkilometer, Deutschland nur 470 000. In den Vereinigten Staaten leben 120 Millionen Menschen, in Deutschland etwa 65 Millionen. Um in Europa ein einheitliches Marktgebiet von ähnlichen Ausmaßen zu schaffen, müßten wir die Vereinigten Staaten von Europa verzwirbeln oder als ersten Schritt dazu noch wenigstens eine europäische Zollunion schaffen.

Aber nicht nur der amerikanische Inlandsmarkt zeigt ein so günstiges Bild, auch der amerikanische Außenhandel hat einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Er hat sich seit 1913 annähernd verdoppelt bei altiver Handelsbilanz, d. h. eindeutigem Ausfuhrüberschuß.

In Deutschland ist seit einigen Jahren viel die Rede vom Kampf gegen die Kartelle durch Gesetzgebung und Kartellzerstörung. Eine entsprechende Bewegung gibt es auch in Amerika, und zwar ist sie dort sehr viel älter als bei uns. Der Kampf gegen die Trust- und Ringbindungen fand in energische Unterstützung durch die öffentliche Meinung, daß sich sogar die politischen Parteien regelmäßig veranlaßt haben, Versprechungen irgendwelcher Art auf diesem Gebiete in ihr Wahlprogramm aufzunehmen. Die tiefgehende Anteilnahme der Öffentlichkeit an der Anti-Trust-Bewegung erklärt sich durch die hemmungslose und brutale Ausnützung ihrer Machtstellung durch die Trust- und Handelsverbände. So kam es bereits im Jahre 1887 zum Interstate Commerce Act, einem Gesetz, das der ausbreitenden Politik der großen Eisenbahn-Gesellschaften ein Ende machen sollte, und im Jahre 1890 zum Anti Trust Law, einem Gesetz, das die Trust- und Ringbindungen überhaupt beseitigen wollte. Der Erfolg dieses Gesetzes war aber sehr minimal, wenn man von einem Erfolg überhaupt reden kann. Trotz Gesetzgebung und strenger Rechtsprechung ließen sich die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse, die auf allerhand Umwegen erfolgten, nicht verhindern.

Heute scheint es nun, daß die amerikanische Einstellung gegenüber solchen Zusammenschlüssen im Begriffe wäre, sich zu ändern. Für eine solche Veränderung innerhalb gewisser Grenzen scheint sich besonders der Wirtschaftsminister Hoover einzusetzen. Hoover vertritt die Anschauung, daß wirtschaftliche Zusammenschlüsse und Handelsverbände auf die Entwicklung der Wirtschaft unter Umständen sehr fruchtbar einwirken können, indem sie zu wirtschaftlicher Stabilisierung, Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Vermeidung von Verschwendung führen. So hat man z. B. ausdrücklich von Regierungsseite die Verschmelzung konkurrierender Eisenbahnunternehmungen gefördert. Diese Umstellung gegenüber wirtschaftlichen Zusammenschlüssen findet immer mehr Anhänger und äußert sich auch in der jüngsten Rechtsprechung des höchsten Gerichts. Danach scheint man heute nicht mehr den Trust als solchen bekämpfen zu wollen, sondern nur gegen wucherliche Ausbeutung der Monopolstellung einzuschreiten, wenn diese unter Beweis gestellt werden kann. Die Tendenz zur Konzentration der Kräfte wird sich also wahrscheinlich in Zukunft in der amerikanischen Wirtschaft noch stärker auswirken als bisher.

Der Mangel an Tradition, von dem wir eingangs sprachen, ist auch sehr deutlich wahrzunehmen in der gesellschaftlichen Struktur des Landes. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache — die beschreibend zu

wiederholen nur langweilen würde —, daß Amerika die tiefste materielle Scheidung der Gesellschaft, die sich in Europa auf Grund seiner Geschichte entwickelt hat, nicht kennt. Demokratie bedeutet für die Amerikaner keine ausgeklügelte Theorie, sondern wirkt in ihnen als wirkliches Lebensgefühl, das sich täglich in jeder Situation betätigt. Der einzelne wird zunächst einfach als Mensch und Persönlichkeit geachtet, unabhängig davon, welchen Beruf er ausübt und wieviel Geld er hat. Selbstverständlich gibt es auch in Amerika reich und arm, ja es ist vielleicht in keinem anderen Lande so viel übermäßiger Reichtum in den Händen weniger vereint wie dort drüben. Wenn trotzdem der Unterschied im Besitz — bisher wenigstens — keine so scharfe gesellschaftliche Scheidung hervorzurufen konnte wie in Europa, so einmal deswegen, weil die übergroße Mehrheit des Volkes einschließlich der Arbeiterschaft in mäßigem Wohlstande lebt, und es ist ja eine allbekannte Tatsache, daß laite Menschen verträglicher sind als hungernde. Aber diese Erklärung reicht bei weitem nicht aus. Auch in diesem Zusammenhang spielt die Traditionslosigkeit des Landes eine große Rolle.

In Europa herrscht eine auf Jahrhunderte alter Tradition beruhende Kultur. Zu ihrer Aneignung ist ein Bildungsstudium notwendig, der Zeit und Geld kostet. Die Aneignung dieser Kultur ist also weitgehend abhängig vom Besitz. Dieser Ausschluß von den Kulturwerten hat ja gerade von jeher zumal die deutschen Arbeiter so tief erbittert und die Scheidung der Arbeiterschaft von den anderen Gesellschaftsklassen fast unüberbrückbar gemacht.

Eine solche traditionelle Kultur herrscht nun in Amerika nicht, zum mindesten spielt sie keine gesellschaftliche Rolle. Der grandiose und scheinbar gelungene Versuch, den Amerika in dieser Hinsicht gemacht hat, geht dahin, an die Stelle der Tradition die Konvention zu setzen. In keinem anderen Lande der Welt — selbst in England nicht — herrscht eine so starke Konvention wie in Amerika. Das geht so weit, daß z. B. ein Mensch, der nach einem bestimmten Tage des Jahres noch einen Strohhut trägt, einfach eine Unmöglichkeit ist. Alle Amerikaner, ganz gleichgültig zu welcher Gesellschaftsklasse sie gehören, tragen dieselbe Hutform, denselben Anzugschnitt, dieselbe Schuhform, ja dieselbe Unterwäsche. Einige Unterschiede in der Qualität sind wohl vorhanden, aber sie sind äußerlich kaum bemerkbar. Alle Amerikaner haben auch dieselbe Art der Vergnügungen, in der Hauptache: Kino, Radio, Sport, eine Autofahrt über Land am Wochenende. Der Reiche mag ein besseres Auto besitzen, er mag in ein luxuriöser ausgestattetes Kino gehen — grundsätzlich kennt er keine andere Art von Vergnügungen und Erholung wie der weniger Bemittelte. Und das ist das Entscheidende, denn es bedeutet, daß der Reiche keine abgesonderte Welt besitzt, zu der der Armer keinen Zutritt hat. Grundständig lebt also in Amerika der Arme wie der Reiche in derselben konventionellen Lebensform.

Die Konvention führt zu einer allgemeinen Uniformierung des Lebens, wie aus dem oben Gesagten deutlich hervorgeht. Diese Uniformierung liegt nun in einer engen und frühbaren Wechselwirkung mit der wirtschaftlichen Tendenz der Typisierung. Wenn nämlich alle Menschen gleichartige Hute, Anzüge, Sessel, Fenden und Unterwäsche tragen, so wird natürlich die Produktion solcher Massenartikel verbilligt, d. h. die Preise der zum Lebensunterhalt notwendigen Dinge werden verhältnismäßig niedrig gehalten. Es wird also auch dem Armen erleichtert, den konventionellen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise kann das Gefühl, außerhalb

Baufeine.

I.

Allen ist wohl die schöne Geschichte von den römischen Plebejern bekannt, die um das Jahr 260 der Gründung Roms ausgingen, weil sie, ohne laß zu werden, es satt hatten, für die Patrizier die Hände zu regen. Die Herren kamen etwas in Not und Verzweiflung, und in der Lage regt sich sogar die Denkfraft solcher Menschen, die Denken sonst als schädlich für die Verdauung empfinden und auch die Arbeit gern bezahlten Kräften überlassen. Sie dachten sich eine Fabel aus, durch die Menenius Agrippa den obstinaten Plebejern den Segen der Volksgemeinschaft beibringen sollte. Menenius verglich die Gesellschaft mit dem menschlichen Organismus und erläuterte den streifenden Plebejern, wie notwendig es sei, daß Hände, Füße, Kopf und Magen zusammen arbeiten, damit der Organismus, genannt Mensch, in Betrieb bleiben könne. Die römischen Plebejer waren anscheinend durchaus nicht klüger als die Proletarier von heute. Sie ließen sich durch die räuberliche Geschichte und durch schöne Versprechungen bewegen, zurückzutreten und ihre Rolle im Organismus weiter zu spielen. Es war ihnen über der schönen Erzählung entgangen, daß sie Kopf, Hände und Füße in den Dienst der Gesellschaft stellten, daß aber der Patrizier der Magen des Organismus war.

Es war ein artiger Arbeiterbetrug, dem seitdem Millionen Werttäge zum Opfer gefallen sind und heute noch fallen. Doch war der römische Streit nicht erfolglos; die Versprechungen wurden gehalten. Die Streikenden kämpften nämlich um politische Rechte, sie waren keine Arbeiter, sondern Soldaten. Sie nahmen ihre Waffen mit und lagerten auf einem Hügel vor Rom, was einer Belagerung so vorteilhaft ähnlich sah wie ein Ei dem anderen. Es war also in Wirklichkeit ein erfolgreicher politischer Massenstreik und die schöne Geschichte des Menenius ist wohl gar erst später hinzukomponiert worden. Es lag in der Natur der damaligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, daß der Zustand hart an Aufwand grenzte. Der selbige Futuramer hat den Alten nur nachempfunden, als er, der

engstirnige Ostelbier, das geflügelte Wort sprach: Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution.

Die mittelalterlichen Gesellenverbände sind dem Beispiel der römischen Plebejer nicht selten gefolgt, wenn sie mit ihren Meistern in Streit gerieten. Die zukunftsige Organisation des Handwerks härte den Gesellen wohl kaum eine andere Wahl gelassen haben, da es für sie in der Stadt keine Existenzmöglichkeit gab, sobald sie ihren Meistern die Arbeit verweigerten. Wie die Plebejer zogen sie vor die Stadt, riegelten den Zugang ab und lebten von der Arbeit für die Bauern, die ihnen nicht leiten ihre Unterstützung schenkten, weil sie den häßlichsten Jungherren aus erklügelten Gründen nicht immer wohlgesinnt waren. Die Kämpfe der mittelalterlichen Gesellen haben scheinbar oft wenig wichtige Ursachen gehabt. Doch lag sich mit den Anschauungen von heute darüber nicht rechten. Jedenfalls verteidigten die damaligen Gewerkschafter, wenn man so sagen will, ihre errungenen Positionen überaus ähe und unter größten Opfern. Die Kämpfe um den „blauen Montag“ verdienen gewiß nicht den Spott und Hohn, den man- und schnellschreibende Geschichtsschreiber darüber ausgießen. Sie waren, wie ernste bürgerliche Soziologen feststellen, Kämpfe um die Arbeitszeit, da der blaue Montag eine Korrektur der Ueberarbeit war. Noch wichtiger waren die Kämpfe um die Existenz der Gesellenverbände. Schönlang schildert sie an interessanten Beispielen aus Alt-Nürnberg. Die Meister selbst waren es, die den Kampf zugunsten der Gesellen entschieden. Der Rat mußte unter dem Druck der Jungherren das Verbot der Bruderschaften (Gesellenverbände) zurückziehen. Der allgemeine, durch den Konturrenzkampf der Fürsten herausgeforderte Zusammenbruch Deutschlands rief auch die Organisation der Gesellen in den Strudel. Aber die Wurzel harb nicht ab und manche dieser keinen unterirdischen Verästelungen gab dem jungen Baum, den Jahrhunderte später die ersten Gewerkschafter pflanzten, einen Teil der aufbauenden Säfte.

Der schmetternde Trompetenschlag, mit dem Marx und Engels 1847 das „kommunistische Manifest“ einleiteten, das Wort, das ein dröhnender Hammer Schlag an das Tor der kapitalistischen Trubung ist: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, bedarf einer

kleinen Einschränkung. Wenn das kommunistische Manifest fortfährt: „Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Jungherren und Geselle, kurz, Unterdrückter und Unterdrückter standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald verteilten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“, so wird die Wahrheit dieser Behauptung heute kein vernünftiger Mensch mehr bestreiten. Allein es gab vor der geschriebenen Geschichte — und von der ungeschriebenen hatte 1847 die Welt kaum eine Ahnung — in allen Erdteilen Völker, denen Klassenkämpfe ein unbekanntes Ding blies. Zwar raufsten sich die einzelnen Stämme um die besten Jagdgründe oder um die fettesten Viehweiden, um das beste Ackerland, aber ein Kampf von Klasse gegen Klasse innerhalb der Gemeinschaft war schon deshalb unmöglich, weil die kommunistische Ordnung in der deutschen Welt, in der russischen Welt, in der slawischen Welt und wie viele naturwüchsige Organisationen bei den Indianern, Kabylen, Kelten, Eskimos, Indern usw. immer mögen genannt worden sein, eine Klassencheidung gar nicht kannte. Ein Klassenkampf konnte sich erst nach und nach mit der Entstehung des Privateigentums herausbilden. Und je mehr das Privateigentum überwog, desto klarer wurde die Klassencheidung, desto natürlicher der Gegensatz zwischen Besitzenden und Entbehrten, desto schärfer der Kampf der Klassen gegeneinander, mochte er unerblickt auftreten oder sich philosophisch oder religiös maskieren. Die Formen des Kampfes der Besitzenden gegen die besitzende Klasse, ebenso der Arbeiter und des Gegenstoßes machten im Lauf der Jahrhunderte den Wandel durch, den die Entwicklung der Wirtschaft von der Sklaverei bis zum Sozialkapitalismus bedingte. Das Ziel der Kämpfe war aber immer dasselbe: Die Ausbeuteten verlangten bald in dieser bald in jener Gestalt einen größeren Anteil an dem Ertrag ihrer Anstrengungen. Wenn die ausgiehenden römischen Plebejer Soldaten Schuldnachlässe und die Einleitung von Tribunen erreichten, wenn die Gesellen im Mittelalter z. B. ihren blauen Montag verteidigten, wenn wir heute u. a. eine kürzere Arbeitszeit fordern, so sind das nur verschiedene Varianten der Generalforderung, unseren Anteil an dem Produktionsertrag zu erhöhen. Daß wir darüber hinaus die Oberschicht der Gesellschaft aus ihrem Besitz

*) Im Herbst 1925 schrieb der deutschsozialistische Reichstagsabgeordnete Herr, Präsident des Reichstages, die Klassenkampf wurde durchsichtiger als das, was er war (1). Der fälschliche Kampf der Hände gegen den Kopf, der Silber gegen den Magen. Und die Gesellen, für die der hochmögliche Herr diesen 2000 Jahre alten Witz schrieb, glauben es ihm.

der bestehenden Gesellschaftsordnung zu stehen, kaum auskommen.

Nur in einer Hinsicht existiert auch in Amerika eine ziemlich scharfe gesellschaftliche Scheidung. Diese Trennungslinie wird durch die Rassenzugehörigkeit gezogen. Der Schwarze und der Gelbe wird dort drüben im gesellschaftlichen Bewußtsein nicht für vollwertig angesehen. Politisch ist er, sofern er amerikanischer Staatsbürger ist, dem Weißen vollkommen gleichberechtigt. Die gesellschaftliche Misachtung des Farbigen aber kommt in vielen Dingen zum Ausdruck. So versucht man z. B. Heiraten zwischen ihnen und Weißen möglichst zu verhindern. Ferner sind sie meist mit Arbeiten niederer Art beschäftigt. Wirtschaftlich führen sie trotzdem in der Regel ein durchaus zuträgliches Leben, ja, es gibt sogar schmerzreiche Leute unter ihnen. Fast jede Stadt hat ihr besonderes Negerviertel. Früher wurden nämlich die Schwarzen von den Stadtvordern einfach gezwungen, in einem bestimmten Stadtteil Wohnung zu nehmen, bis endlich das höchste Gericht des Landes in einem Urteil feststellte, daß dies gegen die Verfassung verstoße, die den Menschen unabhängig von seiner Hautfarbe zum vollwertigen und freien Bürger der Vereinigten Staaten mache. Daraufhin verbot man durch eine Hintertür doch das Ziel der Fernhaltung der Schwarzen von bestimmten Stadtteilen zu erreichen. Man schloß nämlich beim Verkauf eines Hauses einen Kaufvertrag, der die Bestimmung enthielt, daß das betreffende Haus niemals an einen Farbigen verkauft werden dürfe. Während unserer Reise schwebte gerade ein Prozeß, der entscheiden sollte, ob eine solche Bestimmung ebenfalls gegen die Verfassung verstoße oder nicht. Den Ausgang des Prozesses haben wir nicht mehr erfahren.

Eine ganz andere Haltung nehmen die Amerikaner gegenüber den Indianern ein. Diese genießen volle gesellschaftliche Achtung und Gleichberechtigung, haben sich auch vielfach mit den Weißen vermischt. Die an Zahl allerdings nur kümmerlichen Ueberreste der einstigen Bewohner Amerikas leben heute überwiegend in Reservatgebieten, die ihnen von der amerikanischen Regierung zugewiesen worden sind.

Bei der Erschließung Amerikas strömten Menschen aus allen Ländern der Erde dorthin zusammen. So ergab sich zunächst ein babylonisches Sprachgewirr. Welche Schwierigkeiten es für den Schulenterricht und überhaupt jede Bildungs- und Organisationsarbeit bedeutete, wenn in einer mittleren Stadt fünf und mehr verschiedene Sprachen gesprochen wurden, wie das noch kurz vor dem Kriege vorlief, braucht wohl nicht näher beschrieben zu werden. Es herrschte darum lange Zeit in Amerika überhaupt kein einheitliches Nationalbewußtsein, wie es in den europäischen Ländern auf Grund geschichtlicher Tradition vorhanden ist. Auch hier hat man versucht, den Mangel an Tradition zu ersetzen und ein einheitliches Nationalbewußtsein künstlich zu erzeugen. Es legte der Prozeß ein, den man die Amerikanisierung der Amerikaner genannt hat. Die Schaffung des amerikanischen Nationalbewußtseins ist ein Schulbeispiel für die Macht systematischer Propaganda und Beeinflussung durch Presse und Schule. Dieser Propaganda und Erziehungsarbeit kamen allerdings die Verhältnisse sehr zu Hilfe. Der Krieg und die Nachkriegszeit haben nämlich das Selbstbewußtsein der Amerikaner ungeheuer gehieft. Sie haben den Krieg mitgemacht, sie waren nach dem Kriege der Schiedsrichter Europas. Sie haben das Geld und die wirtschaftliche Macht. In keinem Lande der Erde wird das Symbol des Landes, die Fahne, so oft und mit solchem Stolz gezeigt wie in Amerika. So sind durch Propaganda, Erziehung und äußere Verhältnisse die ursprünglich verschiedenartigen

Elemente der amerikanischen Bevölkerung zu einer Einheit zusammengeschlossen worden. Es ist dabei allerdings nicht zu vergessen, daß diese Einheit sich bisher nur in Tagen des Glücks und Wohlstandes bewährt hat. Ob sie schon stark genug wäre, auch eine Not und Bedrängnis zu überstehen, wie sie etwa Deutschland in den letzten 10 Jahren auszuhalten gehabt hat, ist heute kaum zu beurteilen.

Sozialpolitische Rundschau.

Die Wirtschaftslage ist nach wie vor schlecht und nur ganz optimistisch Beranlagte vermögen die Anzeichen einer beginnenden Besserung zu erblicken. Es erhebt sich aber zwecklos, falsche Hoffnungen zu erwecken. Dazu ist die soziale Lage der Arbeiterklasse zu ernst. Sie trägt keine Enttäuschungen. Unter dem Druck der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat die Not in weiten Arbeiterkreisen eine auf die Dauer unerträgliche Höhe erreicht. Vom 1. Juli bis 15. Dezember v. J. ging die Erwerbslosenziffer in ununterbrochenem Aufstieg von 195 099 auf 1 057 031 hinauf und gegenwärtig muß die Reichsregierung selbst zugeben, daß die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger sich auf rund 1,5 Millionen stellt. Rechnet man die nicht unterstützten Erwerbslosen hinzu, so bleibt ihre Gesamtzahl von 2 Millionen nicht mehr weit entfernt, eine Ziffer, die seit den ersten Nachkriegsjahren nicht mehr erreicht wurde. Hinzu tritt das Heer der Kurzarbeiter, für die in keiner Weise gesorgt ist, da ihnen eine Unterstützung nicht zuteil wird. Das sind die Folgen der falschen Wirtschaftspolitik, jener reaktionären Kartell- und Zolppolitik, die durch die Sabotage der internationalen Arbeitsteilung bei den Handelsvertragsverhandlungen, durch ein Durcheinander von Kreditverweigerung und Kreditrestringierungen die gegenwärtige Wirtschaftskrise verschuldet und in der unheilvollsten Weise verhärtet hat. Nunmehr, nachdem das Elend da ist, stehen die Kreise, auf deren Konto es zurückzuführen werden muß, den sozialen Auswirkungen der Krise hilflos gegenüber und suchen sie mit den unzulänglichsten Mitteln zu bekämpfen.

Das tritt besonders deutlich bei der am 14. Dezember vorigen Jahres eingetretenen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze hervor, die für ledige Personen über 21 Jahre je nach den drei in Betracht kommenden Wirtschaftskategorien eine tägliche Unterstützung im Höchstmaß von 1,38 bis 1,74 M., für Ehepaare einschließlich der Familienaufsätze von 3,15 bis 4 M. vorsehen. Ueber das Unzureichende dieser Unterstützung ist kein Wort zu verlieren, besonders, da die angegebenen Höchstmätze für Ehepaare nur in verhältnismäßig seltenen Fällen erreicht werden. Unter diesen Umständen gewinnt die jährliche Anwartsnahme von Notstandsarbeiten eine erhöhte Bedeutung. Hier hat die Reichsregierung mit einer Ueberbrückung ausgewartet, indem sie bekanntgab, daß entgegen den bis dahin häufigen Klagen über Mangel an Mitteln für derartige Zwecke solche zur Verfügung stehen. Es stellte sich heraus, daß im letzten Etat des Reichsarbeitsministeriums 100 Millionen Mark vorhanden waren, die für Zuschüsse zu Notstandsarbeiten im Falle anwachsender Erwerbslosigkeit dienen sollten. Dieser 100-Millionenfonds ist andernorts völlig in Vergeßlichkeit geraten, wenngleich wurde er im Laufe des letzten Jahres nur ganz wenig in Anspruch genommen. Reht endlich hat sich das oeffentlichkeitsföhrnde Kabinett Luther an der Erwerbslosenziffer erinnert, daß die bisherige Erwerbslosenziffer nur Zunderung der katastrophalen Erwerbslosenziffer nicht mehr zureicht und die Notwendigkeit besteht, den Ländern und Gemeinden unverzüglich Mittel zur Einleitung von Notstandsarbeiten zu überweisen. Diese Aufgabe wirkt auf die Haltung der gegenwärtigen Regierung ein. Einmal ist das. Noch vor kurzem Zeit fehlte der reichsleitenden Reichsminister im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichsrates alle Anträge auf Aushebung der Erwerbslosenziffer und Erhöhung der Unterstützungssätze mit der Begründung aus, daß Mittel hierfür nicht vorhanden seien und die Regierung die Verantwortung für weitere Ansuchen zu Zwecken der Erwerbslosenziffer nicht übernehmen könne. Ueber die Gründe, die zu dieser Wandlung der Anschauung führten, kann man nur Vermutungen aufstellen. Nicht unwahrscheinlich ist, daß sie mit dem herankommenden Regierungswechsel zusammenhängen. Jedenfalls waren aber die Vertreter der Arbeiter im Sozialpolitischen Ausschuss im Recht, wenn sie sich durch die Schwarzmatereien des Herrn Dr. Luther in ihren Forderungen nicht beirren ließen.

Einer alten Forderung nachkommend, hat die Reichsregierung den geforderten Körpercharakter den Entwurf eines Gesetzes zur Untersuchung der Produktions- und Verteilungsverhältnisse in der deutschen Wirtschaft zugelassen. Die sich verschärfende Krise macht diese Untersuchung unbedingt notwendig. Gefordert muß aber werden, daß sie in unparteiischer Weise durchgeführt wird, denn im anderen Falle bleibt sie wertlos. Hierfür liegen Erfahrungen vor, die zur Vorsicht mahnen. In den letzten Jahren wurden zwei Enqueteen vorgenommen, die den Zweck verfolgten, den Steuerursachen auf dem Leber- und Textilmarkt nachzuspüren. Beide Untersuchungen sind aber nahezu ergebnislos verlaufen, weil sie offenbar zu sehr von den Angaben der Interessenten beeinflusst wurden. Ein weiterer Mangel war, daß sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, so daß jede Kontrolle der gemachten Angaben fehlte. Bis jetzt hat noch nicht festgestellt, ob diese Mängel bei den in Aussicht genommenen Untersuchungen vermieden werden sollen. Die Zusammenlegung des Untersuchungskommissars scheint aber so geplant zu sein, daß der Reichstag Vorläge aus der Reihe seiner Mitglieder machen soll, während der Regierung das Recht zuerkannt wird, die Mitglieder zu ernennen. Darüber hinaus beansprucht die Regierung nach dem Entwurf das Recht, auch Mitglieder des Reichsrates für Sozialpolitik in den Ausschuss zu entsenden. Mit der Enquete soll eine spezielle Untersuchung über Arbeitslohn, Arbeitszeit und die Rückwirkung auf die Arbeitsleistung verbunden werden. Allem Anschein nach kommt hierfür ein besonderer Unterausschuss in Frage,

dessen einwandfreie Zusammenlegung und Ausstattung mit den erforderlichen Machtbefugnissen von der Arbeiterklasse gefordert werden muß.

Wo man von Berufener und unberufener Seite Vorschläge zur Neuorganisation der deutschen Wirtschaft macht, darf selbstverständlich auch der Reichsverband der Deutschen Industrie nicht fehlen. In einer Denkschrift, die als Broschüre unter dem Titel „Deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik“ herausgegeben wurde, faßt der Verband die Gesamtheit der Gedankengänge zusammen, die er als die „Grundzüge eines Wirtschaftsprogramms“ bezeichnet und der Regierung wie den Parlamenten unterbreitet. Die darin enthaltenen Vorschläge laufen in ihrem finanziellen Effekt auf eine großzügige Unterstützung der Industrie aus öffentlichen Mitteln hinaus, wird doch nicht weniger gefordert, als daß bei den zukünftigen Haushalten von Reich, Ländern und Gemeinden die Ausgaben gegenüber 1924 um 20 Prozent erhöht und die dadurch gewonnenen Mittel den Kreditbanken zugeführt werden. Hierbei soll aber vermieden werden, daß Reich, Länder und Gemeinden sich an dem Erfolg der so unterstützten privatwirtschaftlichen Unternehmungen beteiligen. Daneben wird eine Reform der Tarifgestaltung der Eisenbahn und Post, eine elastische Anpassung der Kreditverhältnisse an die Steigerung der Produktion und des Warenabflusses, eine Verbilligung der Sollzinsätze und Kreditprovisionen der Kreditbanken, der Abbau der internationalen Zollmauern, Abwehrmaßnahmen gegen Dumpingimporte, Förderung der Ausfuhr und verschiedenes andere verlangt. Wie man sieht, verstehen es die Unternehmer, zu fordern! Bekcheidenheit ist noch niemals ihre schwache Seite gewesen! Sie sind aber auch großzügig genug, sich zu Zugeständnissen herbeizulassen! So wollen sie auf eine zwangswise Bestimmung der Löhne durch den Staat verzichten, sich auch mit dem Achtstundentag abfinden, vorausgesetzt, daß er „nicht schematisch“ zur Festlegung gelangt. Sogar mit der Fortführung der Sozialpolitik und der Sozialversicherung sind sie einverstanden, natürlich nur insoweit, als es die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gestattet. Dem muß nicht gegenüber einer so weitgehenden Opferwilligkeit des deutschen Unternehmertums das Herz höher schlagen? Die angeblich von ihren Führern verhehten Arbeiter werden diese Opferwilligkeit gar nicht anerkennen und der Meinung sein, daß die Zugeständnisse der Unternehmer nichts bedeuten. Sie sind auch nichts, und die Arbeiter werden an Lohn, Arbeitszeit, sozialer Fürsorge und sozialen Einrichtungen stets nur das haben, was sie sich durch die Stärke ihrer Organisation erkämpfen. Das aber müssen sie heute mehr denn je auch in ihrer Einstellung zu den Gewerkschaften beibehalten. M.

Aus unserem Berufe

Hafenarbeiter.

Arbeitslosigkeit, Ueberlastungen und Arbeitsvermittlung im Bremer Hafen. Infolge der in letzter Zeit eingelaufenen Bestellungen haben wir uns veranlaßt, eine öffentliche Versammlung der in den Hafendetrieben Beschäftigten einzuberufen. Die Versammlung fand am 3. Januar statt. Kollege Leiber schilderte in kurzen Umrissen, zu welchen Missetaten das Ueberhandnehmen von Ueberlastungen und Ueberstunden, wie sie dem Verkehrsband aus den Kreisen der Hafenarbeiter gefühlwort worden waren, führte. Hiernach sollen Arbeitsleistungen von 2 bis 4 Schichten hintereinander öfter vorkommen; aber nicht nur bei Tagelohnarbeitern, sondern auch bei Akkordarbeit, die in den Hafendetrieben, angelehnt der Leistungen, die verlangt werden, „Mordarbeit“ werden muß, wenn man betriebs unumgänglich lange Arbeitszeiten hat.

Nachdem U. auf das Unverantwortliche und Unzulässige der übermäßig langen Arbeitszeit, besonders bei der herrschenden Arbeitslosigkeit hingewiesen hatte, beschloß er sich mit den über die Arbeitsvermittlung eingelaufenen Beschwerden. Hieraus war zu entnehmen, daß eine nicht unerhebliche Zahl Arbeiter infolge der unregelmäßigen Verteilung der Arbeit im wahren Sinne des Wortes verelendet. Es sei keine Seltenheit, daß vom Zentralarbeitsnachweis nach dem Hafen hingelände Arbeitslose oft wochenlang nicht abgestempelt liegen, da sie stets hoffen, daß ihnen am nächsten Tage Arbeit vermittelt wird. Da sie aber stets nur wenige Tage arbeiten können, wegen der diesen Ueberstundenbeschäftigten der andern, verdienen sie weniger, als die Arbeitslosen an Unterstützung beziehen. Rechnet man dann noch neben dem Steuerabzug, den Abzügen für Krankenkasse und Invalidenversicherung den großen Verzicht auf Kleidung und Schutzgüter, der bei der Hafendarbeit größer ist als in den meisten anderen Berufen, dann bliebe in vielen Fällen vom Verdienst nichts übrig.

Die Diskussion nahm eine geraume Zeit in Anspruch. Alle Redner, ohne Ausnahme, unterstützten und ergänzten durch Schilderungen von Einzelheiten die Ausführungen U. und verlangten, daß für unverzügliche Beseitigung der Mißstände Sorge getragen werde. Sämtliche Diskussionerredner waren sich aber auch klar darüber und brachten es in ihren Ausführungen zum Ausdruck, daß nur eine geschlossene, einheitliche Organisation in der Lage sei, die untragbaren Zustände, die nur durch die Zersplitterung der Organisation der Hafenarbeiter möglich werden konnten, zu beseitigen. Der Anfang vom Ende dieser Zersplitterung ist bereits gemacht worden:

„Der Schiffsarbeiterband“ will sich dem Deutschen Verkehrsband anschließen. Hoffentlich kommen unsere Brüder von der sozialistischen Organisation zu der Ueberzeugung, daß ihnen in Betracht der Einigkeit und Geschlossenheit im Unternehmerrlager weiter nichts übrigbleibt, als sich ebenfalls dem Deutschen Verkehrsband anzuschließen. Diese für alle Hafenarbeiter unumgängliche Notwendigkeit müßte ihnen um so mehr einleuchten, als sie allein völlig bedeutungslos und machtlos sind und infolgedessen auch ihre Interessen selbst gar nicht vertreten können,

leg herauswerfen wollen, ist ebenfalls kein Fortschritt gegen früher, da zu allen Zeiten, wenn sich die Gelegenheit als günstig erwies, die Unterdrückten während des Kampfes über ihr erstes Ziel hinausgingen, oft sogar bis zum „gemeinamen Untergang.“

In einem jedoch unterscheiden wir Proletariat des zwanzigsten Jahrhunderts uns von unseren Vorfahren, den Sklaven, Knechten, Leibeigenen. Marx sagt einmal in „Kapital“: „Eine Spinne verriecht Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut.“ Während sich unsere Vorläufer instinktiv gegen ihre Unterdrücker erhoben und manchmal mit ihnen zugrunde gingen, handeln wir heute aus unserer Vernunft heraus, aus unserer Einsicht in die wirtschaftlichen Gesetze und während früher die unterdrückte Klasse sich an die Stelle der unterdrückenden setzen wollte, verschmäht das moderne Proletariat diese „revolutionäre“ Klassenherrschaft und strebt die klassenlose Gesellschaft an. Die ganze Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen — seit Marx wissen wir, so betonte Friedrich Engels 1883 in einem kurzen Vorwort zum Manifest, daß „die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien.“ Das moderne Proletariat will nicht den feigen Kettenhund spielen, der seine Kette zerriß und dann seinem Herrn an die Waden fäht. Es will keine Kette — es will den Sozialismus. Die deutschen Gewerkschaften haben den Sozialismus als die höhere Form der Wirtschaftsorganisation erkannt und anerkannt. Das ist auch für ihre Wirtschaftskämpfe richtunggebend. Was wir einst in gemeinschaftlichen Befehle nehmen wollen, dürfen wir nicht zerstören; was die kapitalistische Gesellschaft reifer macht für den Sozialismus dürfen wir nicht bekämpfen. Die Gewerkschaften und die überwälzende Mehrheit der Arbeiter haben sich auf diese Kampfesführung eingestellt. Sie wollen keine Maschinenpistole mehr, sondern hoffen auf den technischen Fortschritt. (Fortsetzung folgt.)

Der Bundesbeitrag für die 5. Woche

(24. bis 30. Januar 1926) ist fällig.

Der Verkauf von Beitragsmarken im letzten Quartal 1925 war gut. Sorge du dafür, Kollege, daß er im ersten Quartal 1926 besser wird.

Sondern diese in allen Fällen, soweit es sich um Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt, stets vom Deutschen Verkehrsband vertreten werden müssen.

Nach Annahme eines aus der Versammlung eingelaufenen Antrages, der den Deutschen Verkehrsband beauftragt, die erforderlichen Schritte wegen Abstellung der Mißstände einzuleiten, fand die Versammlung ihr Ende.

Danzig. Der mit dem Hafenbetriebsverein für die Hafenarbeiter geschlossene Tarifvertrag erwidert mit dem 31. Dezember sein Ende. Die Hafenarbeiter stellen neue Forderungen. Diese Forderungen wurden vom Hafenbetriebsverein unter Hinweis auf die schwierige Geschäftslage und die Senkung der Indeziffer abgelehnt und ein Lohnabbau des Tagelohnes von 10,50 G. auf 9.— G. gefordert. Eine bemessenssprechende Kürzung sollten auch die Zweifelsfälle einfließen.

Der Schlichtungsausschuß, der sich in seiner Sitzung am 5. Januar mit diesem Lohnstreit zu beschäftigen hatte, fällt folgenden Schiedspruch:

1. Der Antrag der Arbeitnehmer auf Lohnserhöhung wird abgelehnt.
 2. Der Antrag des Hafenarbeiter-Vereins auf Lohnabbau wird abgelehnt.
- Dieser Schiedspruch kann nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden.

Zu diesem Ergebnis nahm eine gutbesuchte Versammlung der Hafenarbeiter Stellung, welche nach Abwägung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage diesem Schiedspruch ihre Zustimmung gab.

Damit behalten die bisherigen tariflichen Vereinbarungen für die Hafenarbeiter auch nach dem 1. Januar ihre Rechtsgültigkeit.

Handelsarbeiter.

Die „einstweilige Verfügung“, die, wie wir in der vorigen Nummer berichteten, die abbaumütige Firma Ludwig Zablitzki gegen unsere Berliner Verwaltungsstelle erzwirkte, ist zum Teil aufgehoben. Unser Einspruch hatte insofern Erfolg, als für den Betrieb in Lichtenberg die Organisation wieder freie Hand erhielt (die sie sich durch eine „einstweilige“ Parteinahme der Gerichte für die Unternehmer sowie nicht nehmen läßt), während das Streikpolizeistatute vor dem Betrieb in Hohenschönhausen weiter verboten bleibt. Im letzten Fall entschied das Gericht, daß die Arbeiter dieses Betriebes „ordnungsmäßig“ entlassen werden seien.

Selbstverständlich hat eine Organisation dafür zu sorgen, daß ein solcher Betrieb nicht durch Lohnbrüder befehrt wird. Der Tarifvertrag bleibt bestehen, auch wenn der Betrieb „stillgelegt“ wird.

Unsere Jugend

Der gesundheitliche Zustand der jugendlichen Arbeiter in Rußland. Der Leiter der Abteilung für den Gesundheitschutz der Jugendlichen beim Gesundheitskommissariat teilt in der „Nabotschaja Gazeta“ Nr. 272 folgendes mit:

Die neulich durchgeführten Untersuchungen der gesundheitlichen Zustände der Arbeiterjugend haben zu folgendem Aufgabed, auf die die ernsteste Aufmerksamkeit gewendet werden muß

Ungefähr 50 Proz. aller untersuchten jugendlichen Arbeiter sind herkrank; beispielsweise in Twer waren es 55 Proz. Sehr groß ist der Prozentsatz der Jugendlichen, die an Kopfschmerzen leiden. In Moskau leiden 38 Proz. der Untersuchten an chronischen Kopfschmerzen, in Briansk 50 Proz., in Twer 75 Proz.

Bei der erdrückenden Mehrheit der Untersuchten wurde eine krankhafte Erregbarkeit und Ueberreiztheit des Nervensystems festgestellt. Es wurde ferner eine Reihe schädlicher Angewohnheiten der Jugendlichen festgestellt: Nach genaueren Angaben sind etwa 65 Proz. der Jugendlichen Raucher und etwa 50 Proz. sind Konsumenten alkoholhaltiger Getränke.

Aber die größte Besorgnis ruft das Uebermaß von Arbeit hervor, das die Jugendlichen zu leisten haben. Der Jugendliche ist 10 bis 14 Stunden am Tage beschäftigt (die Arbeit im kommunistischen Jugendverband, Klub u. dgl. mit eingerechnet). In Twer arbeiten 32 Proz. der Untersuchten 12 Stunden, 50 Proz. bis 10 Stunden, nur etwa 7 Proz. 8 Stunden. Geradezu ungeheuerlich sind die Zustände in Leningrad (Petersburg): 17 Proz. der untersuchten Jugendlichen arbeiten 16 Stunden (!), 31 Proz. bis 14 Stunden usw. Hinsichtlich körperlicher Reinheit und Sauberkeit der Wohnungen werden von den meisten der Untersuchten die elementarsten Vorschriften nicht beachtet.

Diese amtliche Mitteilung klingt ganz anders als die Deflamation der Noten fahnen über den „Sechshunderttag der jugendlichen Arbeiter in Rußland“.

Um Aufschluß zu gewinnen, haben die Bolschewiki bekanntlich aus eine „Jugendarbeiterdelegation“ aus Deutschland nach Rußland geholt und ihr das geeig-

was sie sehen sollte. Von den amtlich festgestellten oben wiedergegebenen Tatsachen haben die Jungarbeiter natürlich nichts erfahren. Immerhin sind die Kommunisten besorgt, daß dieser oder jener Delegierte nicht die berühmte augenblicklich geltende „Enie“ einhalten würde. Ein Hamburger Jungarbeiter hat es abgelehnt, vor der S.W.J. zu berichten, weil er erst eine Konferenz der Delegierten in Berlin abwarten müsse, wo für die Berichterstattung Richtlinien aufgestellt würden.

Auch über die Kinderfürsorge wissen Rußlandreisende allerlei rührende Geschichten zu erzählen. Wie es damit in Wirklichkeit ausseht, sagt der Rechenschaftsbericht des Moskauer Stadtrats. Danach beträgt die Zahl der in Moskau vagabundierenden Kinder 30 000. Hiervon entziehen sich der Registrierung nach Versicherung der Mißiz über 60 Proz., so daß die effektive Zahl erheblich größer sein dürfte, als offiziell zugegeben wird. 35 Proz. aller Kinder sind geschlechtslos. Die Gerichtsbehörden berichten, daß von den vagabundierenden Kindern im Laufe des Jahres rund 11 000 Verbrechen verübt wurden. Der Gefängnishaft wurden 4730 Kinder unterworfen, von denen 42 des Todes und 278 wegen organisierter Raubes angeklagt waren. Der Mangel an Mitteln erlaubt es nicht, durchgreifende Maßnahmen anzuwenden. Ein Kredit von 100 000 Rubel ist ausgeworfen worden, um acht neue Kolonien auf dem Lande und eine für 1000 Kinder berechnete Korrektilionsanstalt ins Leben zu rufen.

Diese Angaben hat keine Geringere als die Witwe Denis kürzlich nicht nur bestätigt, sondern sie hat sie sogar als zu toll geschätzt bezeichnet.

Es ist schon so, wie der Genosse Bauer-Wien in einem Vortrag sagte: Solche Delegationen sind gefährlich. Als eine polnische Delegation Wien besuchte, zeigten ihr die Wiener mit berechtigtem Stolz die neuen Schöpfungen. Sie waren nun nicht wenig erstaunt, als sie aus der Berichterstattung der Polen hörten, daß die Wiener Arbeiter geradezu im Paradies lebten. Den Wiener Arbeiter hätte ein Täuschungsversuch völlig fernlegen und doch hatten die Polen eine Spitzenleitung für allgemeinlich gehalten. Wieviel leichter kommt eine deutsche Delegation zu falschen Schlüssen, wenn so gewiegte Komödianten wie die Bolschewiki die Arbeit haben, sie unter allen Umständen zu täuschen. Unsere Kollegen sollen, wenn die begeisterten Delegierten ihnen von russischen Wunderwerken berichten, mindestens die Hälfte ablehnen und daran denken, daß der Rest des Guten höchstens einem von 1000 der kommunistischen Arbeiter zugute kommt.

Im übrigen stimmen wir Bauer-Wien zu, daß ein Sozialdemokrat unmöglich Gast einer Regierung sein kann, die die Sozialdemokraten noch immer mit blutigem Terror verfolgt.

Bundesübersicht.

Seeleute. Pastor Kademacher von der Seemannsmission in Hamburg scheint an Langeweile zu leiden. Um dem Uebel abzuhelfen, betätigt er sich als seemannlicher Stellenvermittler entgegen den geschiedlichen Bestimmungen, um so Schäden der in den paritätischen Feuerstellen eingeschriebenen arbeitslosen Seeleute. Die Reichsregierung im D.V.B. hat das Erforderliche veranlaßt, um die Tätigkeit dieses Seelforgers wieder in die richtige Bahn zu leiten. — Das Tarifgesetz ist für die Großschifffahrt, das aus zwei Reeder, zwei Seeleuterevertretern und einem Vorkapitän besteht, verhandelt für sich in 3 Sitzungen über 17 Fälle, an denen 17 Seeleute beteiligt waren. Die gesamten Klageausprüche betragen 3111,50 M. In 7 günstigen Urteilen und 4 Bezgleichen wurden 3111,07 M. erwirkt. Während eine Sache abgewiesen werden mußte, wurden 5 Fälle verlegt, um weiteren Beweis zu erheben.

Strassenbahner. Eine recht sonderbare Methode, die Tätigkeit des D.V.B. lahmzulegen, wurde von der Direktion der Bremer Strassenbahn in Anwendung gebracht. In mehreren Bekanntmachungen wurde von der Belegschaft nichts anderes verlangt, als jede gewerkschaftliche Tätigkeit einzustellen und sich durch Abstimmungen für direktes Zusammenarbeiten mit der Direktion zu erklären, wofür dann die in Noten zu ersorgende Auszahlung einer Weihnachtsgroßgratifikation zugesichert wurde, wenn — der D.V.B. keine Lohnforderungen stellen würde. Das geschah natürlich trotzdem. Die erste Abstimmung ergab eine Niederlage der Direktion, die daraufhin eine zweite Abstimmung mit der Begründung vornehmen ließ, daß die erste deshalb ungültig sei, weil einzelne Mitglieder der Belegschaft nicht mitgestimmt hätten. Die zweite Abstimmung brachte der Direktion trotz allen Drohungen und Beeinflussungsmanövern eine so geringe Majorität, daß sie vorsichtigerweise nicht nur an die Auszahlung der Weihnachtsgroßgratifikation heranzug, sondern sich auch wohl oder übel zur Bewilligung einer Lohnzulage ab 1. Januar 1926 bequemen mußte, wenn sie wenigstens vorläufig Ruhe haben wollte.

Allgemeines.

Eszt mehr Seefische. Zu diesem Artikel, der auch durch eine Reihe von Gewerkschafts- und Parteizeitungen ging, im letzten Verkehrsband, erhalten wir aus Nürnberg ein Schreiben, dem wir folgendes entnehmen:

Ich muß Ihnen als Hausfrau mitteilen, daß nicht Untermis der Abneigung daran schuld sind, daß der Fisch keine Vollnahrung wird. sondern allein der hohe Preis. In Nürnberg z. B. kostet ein Pfund Schellfisch oder Kabeljau nur 80 Pf. Da nun als Beilage zu Fisch fast nur Kartoffeln in Betracht kommen, benötige ich für drei erwachsene Personen zu einem Mittag- und Abendessen mindestens drei Pfund Fisch. Dazu kommt, daß man zu drei Pfund Fisch mindestens für 60 Pf. Zeit braucht. Das macht zusammen einen Kostenpunkt von 2,40 bis zu 3 M. Das ist bei 30 M. Haushaltsgeld viel zuviel, da ja davon nicht nur die Aus-

gaben für Essen, sondern auch für alle anderen Bedürfnisse gedeckt werden müssen.

Ich verwende für meinen Haushalt fast ausschließlich Gefrierfleisch, das 70 Pf. (Schellfisch 1,10 M.) kostet. Dazu 40 Pf. für Gemüse oder Suppengrün; so kann ich für 1,50 M. ein Mittag- und Abendessen bereiten. Wir würden Fisch sehr gerne essen, können uns diese aber leider nur an Festtagen erlauben.

Wenn Sie also etwas dazu beitragen könnten, daß man den Fisch ohne Zwischenhandel, z. B. durch die Verbände, erhalten könnte, so wären ihnen die Hausfrauen gewiß sehr dankbar.

Um beim letzten zu beginnen: Der Handel gehört nicht zum Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften. Hier müßten die Konjunktionsmaßnahmen eingreifen, aber diese haben augenblicklich zu viel mit dem Druck auf die soziale Lage der Genossenschaftsarbeiter zu tun. Aber was der springende Punkt ist: durch den Zwischenhandel ist der Preis um 600 bis 700 Proz. über den Marktpreis getrieben worden. Der Auktionspreis beträgt für Schellfisch 12 bis 14 Pf., für Kabeljau 9 bis 11 Pf. Transport- und Zwischenhandelspreise könnten bei den notwendigen volkswirtschaftlichen Vorkehrungen mit derselben Summe gedeckt werden. Dann brauchte Frau D. M. für drei Pf. Kabeljau nur 60 Pf. aufzuwenden.

Drei Pfund Fisch für drei erwachsene Personen zu Mittag und Abend ist mäßig geredet. Die Fischbratlinge rechnen für jede Portion ein Pfund Fisch, so daß unsere Nürnbergger Korrespondentin wirklich bescheiden ist. Um so standhafter ist es, daß die Bescheidene Ansprüche der Familie nicht einmal befriedigt werden können. Weiß die Verhältnisse heute nur einmal so liegen, wie sie sich in der Zukunft darstellen, propagieren wir die Errichtung von Fischbratereien, die bei richtiger Organisation des Bezugs und der Bewirtschaftung die Bedürfnisse der großen Masse nach Seefischnahrung besser und billiger befriedigen können als die einzelne Hausfrau.

Die italienischen Gewerkschaften bestehen neue Stellungen. (J. G. B.) Trotz der Vernichtung ihrer Organisationen und der Unterdrückung ihrer Presse lassen die italienischen Kameraden den Mut nicht sinken, sondern sind bestrebt, als gute Taktiker das Unabänderliche in überlegener Weise zu meistern und im Rahmen des Möglichen die Grundlagen für günstigere Zeiten zu legen. Als Zirkular Nr. 1 erscheint jedoch kurz nach dem großen Schlag Mussolinis bereits wieder das erste Zeichen neuen Lebens. Unter der Parole „Das freigewerkschaftliche Haus muß wieder aufgebaut werden“ wird darin über die letzte, sehr bedeutungsvolle Sitzung der Landesexekutive des Italienischen Gewerkschaftsbundes berichtet und Zeugnis dafür abgelegt, daß die italienischen Kameraden den dunkeln Mächten des schwarzen Diktators nicht mit ähnlichen Mitteln, sondern mit jener Offenheit begegnen wollen, die ein Grundprinzip sozialistischer Weltanschauung ist.

In den die neuen Grundlagen betreffenden Erwägungen heißt es a. a.: „Die freie Gewerkschaftsbewegung kann sich ihrer Natur nach nicht in finstern Kellern entwickeln und nicht im finstern Leben. Sie darf und will nicht einer Masse bedienen, die eine Atmosphäre dauernder Verdächtigung um sie schafft. Sie braucht Licht und Sonne. Bei der Errichtung des neuen Hauses muß den durch die Gesetz geschaffenen Bedingungen Rechnung getragen werden. Wir haben vorläufig die Möglichkeit, als de facto Gewerkschaften zu leben. Nun, so nehmen wir dieses gesetzliche Recht in Anspruch! Die Funktionen unserer Organisationen werden in Zukunft ziemlich eng begrenzt sein und sich vor allem auf positive kritische Studien, sozial-gewerkschaftliche Erziehung und technische sowie moralische Hilfeleistung beschränken.“

In einer Resolution, die zunächst die durch die neuen Gesetz geschaffene Lage schildert, wird die neue Struktur der Bewegung dargelegt. Die Distrikts-Organisationen, d. h. die Arbeiterkammern und Sekretariate werden durch Vertrauensmänner ersetzt, die von der Landesexekutive ernannt werden, und zwar, wenn möglich, im Einvernehmen mit den lokalen Sektionen. Diesen Vertrauensleuten werden von den interessierten Sektionen oder Gruppen gewählte beratende Komitees beigegeben. Als einzige tatsächliche Organisationen werden demnach für den Augenblick die nationalen gemischten und die Berufsorganisationen übrig bleiben. Die Berufsorganisationen, die nicht über die nötigen Mitglieder (laut Gesetz 10 Proz. der in der resp. Industrie beschäftigten Arbeiter) und finanziellen Mittel verfügen, um sich autonom machen zu können, werden unter Mitwirkung gemischter beratender Komitees der resp. Kategorie von der gemischten Föderation verwaltet.

Die nationale Exekutive, die ihre früheren, durch die neue Sachlage ergänzten Befugnisse hat, setzt sich aus dem Generalsekretär Buozzi und den Sekretären Carlo Azimonti und Bettista Magioni zusammen. In wichtigen Fällen wird die Exekutive die Genossen Venturoli, Galli, Galbiati, Reina, Bessi und Biotto beiziehen.

Da den neuen Gesetz zufolge auch regulär gebildete Körperkassen, die ihre finanziellen Mittel auf Grund von Beiträgen von Arbeitern beschaffen und den Zweck haben, diesen in irgendeiner Form wirtschaftlich oder moralisch beizustehen, unter Aufsicht der politischen Provinzbehörden stehen, bleibt Mussolini in seinem Kampf gegen die Freiheit bald nichts anderes mehr übrig, als den freien Gewerkschaftlern die Luft zu verbieten.

An die Ortsverwaltungen.

Soweit es noch nicht geschehen ist, müssen die Verwaltungen sofort die Zahl der benötigten „Post und Telegraphie“ nach hier mitteilen. Abgehend für die Anforderung ist die Mittelbezahl und die Zahl der zur Agitation notwendigen Stühle.